



2. ADEF Junior Workshop

- Vorläufiges Programm -

8./9. Oktober 2009

Tagungsort:

Großbritannien-Zentrum / Centre for British Studies
Humboldt-Universität zu Berlin
Mohrenstraße 60
D-10117 Berlin

<http://www2.hu-berlin.de/gbz/index1024.html>

Organisatoren:

Tobias Becker
Freie Universität Berlin
Friedrich-Meinecke-Institut
Koserstraße 20
14195 Berlin
+49-30-838-56825
tobias.becker@fu-berlin.de

Annette Schmidt-Klügmann
Philipps-Universität Marburg
Fachbereich Geschichte und
Kulturwissenschaften
Wilhelm-Röpke-Strasse 6 C
35032 Marburg
+49-6421-2824622
annette.schmidtkluegmann@staff.uni-marburg.de

Programm

Donnerstag, 8. Oktober 2009

14.30 Uhr	Ankunft, Treffen bei Kaffee und Kuchen	
15.00 Uhr	Begrüßung durch NN	
15.30 Uhr	Die Sprache der Herrschaft	<i>Ulla Reiß (Frankfurt a. M.)</i>
16.15 Uhr	Die Sprache der Korruption im England der Frühen Neuzeit – Semantiken und Normen im historischen Wandel	<i>Felix Saubier (Bielefeld)</i>
17.00 Uhr	Kaffeepause	
17.30 Uhr	Beziehungen zwischen Großbritannien und Österreich im frühen 18. Jahrhundert. Der Zweite Wiener Vertrag von 1731	<i>Charlotte Backerra (Mainz)</i>
18.15 Uhr	„The most authentick writers“ – Struktur und Entwicklung der englischen Reisesammlungen des 18. Jahrhunderts	<i>Evelyn Gottschlich (Gießen)</i>
19.00 Uhr	Ende	

Freitag, 9. Oktober 2009

9.00 Uhr	„Rich men’s sport“? – Finanzierungsstrategien von Abgeordneten in Großbritannien und dem Deutschen Kaiserreich während des späten 19. Jahrhunderts	<i>Heiko Geisenhof (Mainz)</i>
9.45 Uhr	Kontinuität und Diskontinuität in den politischen Institutionen zwischen Schottland und dem UK	<i>Simon Meisch (Tübingen)</i>
10.30 Uhr	Kaffeepause	
11.00 Uhr	Musical culture input into the understating of the notion “Englishness” at the beginning of the 20th century	<i>Anna Piotrowska (Krakau)</i>
11.45 Uhr	Chor als Spiegel der Gesellschaft? Vergleichende Studien zur Neuformierung des Chorwesens in der DDR und Großbritannien (1945-1975)	<i>Julia Feurich (Berlin)</i>
12.30 Uhr	Mittagspause	
14.00 Uhr	„Britishness“ as a hegemonic project of belonging?	<i>Elena Buck (Leipzig)</i>
14.45 Uhr	Schlussdiskussion und Feedback	

Ulla Reiß (Frankfurt a.M.)

Die Sprache der Herrschaft

Mein Dissertationsprojekt untersucht auf sprachlicher Ebene die Entstehung und Entwicklung der berühmtesten Verwaltung des Mittelalters, um einen bisher unbekanntem Weg der Analyse der englischen Verwaltung zu beschreiten und den Zusammenhang zwischen Herrschaft und Sprache neu zu beleuchten. Zu ihrer Berühmtheit gereichte der englischen Finanzverwaltung die exquisite Überlieferungslage, denn die erste der Pipe Rolls, die die Abhörung der lokalen Abrechner vor dem englischen Rechnungshof dokumentieren, blieb bereits für das Jahr 1130 erhalten. Um die Funktionsweise dieses Exchequer zu verstehen, verwendet auch die heutige Forschung einen Lehrdialog über den Rechnungshof aus den 1180er Jahren.¹ Dabei wird zwar zur Kenntnis genommen, aber kaum in Rechnung gestellt, dass dieses theoretische Traktat rund fünfzig Jahre nach der ersten überlieferten Pipe Roll geschrieben wurde, als der Rechnungshof bereits eine beachtliche Konstituierungsphase durchlaufen hatte. Diese Entwicklung lässt sich auf der sprachlichen Ebene besonders deutlich nachweisen. Einzelne Beobachtungen sprachlichen Wandels hat die Forschung bereits konstatiert, aber weder systematisch untersucht noch zu erklären vermocht. Hier setzt meine Arbeit an. Eine detaillierte Analyse der Pipe Roll von 1130 hat ergeben, dass zahlreiche Begriffe in einem wesentlich umfangreicheren Bedeutungsspektrum verwendet werden, als dies die Lektüre des Dialogs nahelegen würde. Beispielsweise verweist *combustio* im Dialog auf die Feuerprobe, mit der die Güte des eingelieferten Silbers getestet wurde, 1130 allerdings bezeichnete *combustio* noch ganz allgemein einen Brand, der Häuser zerstörte. Etliche Wörter durchliefen im Laufe der fünfzig Jahre zwischen 1130 und 1180 einen Prozess, der zur Präzisierung ihrer Bedeutung führte. Diesen Wandel möchte meine Dissertation nachverfolgen und auf diese Weise der Analyse der englischen Verwaltung eine neue Dimension hinzufügen. Zugleich soll der Abgleich mit anderen Quellen aus dem England des 12. Jahrhunderts klären, ob diese sprachliche Eingrenzung ein spezielles Phänomen der Dokumente der Finanzverwaltung darstellte, so dass die Konstitution eines abgeschlossenen Expertendiskurses zu konstatieren wäre. Auf dieser Grundlage soll die wechselseitige Beeinflussung von Sprache und Herrschaft analysiert werden, indem sowohl die Prägekräft, die Herrschaft auf Sprache auswirkt, als auch die Stabilisierungswirkung, die insbesondere die Sprache der Verwaltung für Herrschaft ausüben kann, in den Blick genommen werden, kurz gesagt Sprache als Herrschaftstechnik im hochmittelalterlichen England untersucht werden.

Felix Saurbier (Bielefeld)

Die Sprache der Korruption im England der Frühen Neuzeit – Semantiken und Normen im historischen Wandel

Schon seit einigen Jahren erfreut sich das Thema „Korruption“ einer breiteren öffentlichen Aufmerksamkeit, die sich auch in einem gesteigerten wissenschaftlichen Interesse niederschlug. Umso mehr mag es jedoch verwundern, dass eine systematische Langzeitanalyse korruptionsbezogener Phänomene insbesondere für die Frühe Neuzeit noch aussteht. Diesem Umstand versucht das komparatistisch angelegte Forschungsprojekt *Politische Korruption in der Frühen Neuzeit: Praktiken und Diskurse im deutsch-englischen Vergleich (1550-1750/1800)* Rechnung zu tragen. In diesem untersuche ich im Rahmen des Bielefelder Sonderforschungsbereichs 584 *Das Politische als Kommunikationsraum in der Geschichte* gemeinsam mit Dr. Niels Grüne Praktiken und Diskurse auf dem Feld der frühneuzeitlichen politischen Korruption in England und dem Alten Reich. Im Mittelpunkt des von mir bearbeiteten Teil- und Dissertationsprojekts stehen dabei zum einen die zeitgenössischen englischen und deutschen Korruptionsvokabulare, zum anderen normative und analytische Reflexionen zeitgenössischer Autoren der politischen Theorie über korruptive Phänomene und deren strukturelle Rahmenbedingungen.

Vor diesem Hintergrund möchte ich mein Forschungsvorhaben auf drei Ebenen präsentieren und zur Diskussion stellen. Zunächst skizziere ich kurz Forschungskontexte und Erkenntnisinteresse meiner Arbeit im Hinblick auf das Gesamtprojekt und den Bielefelder SFB (I). Anschließend diskutiere ich Vorannahmen, Methodik und Konzepte der (historischen) Korruptionsforschung (II). Besonderes Augenmerk richte ich dabei auf die Defizite gängiger sozialwissenschaftlicher Begriffsdefinitionen im Kontext historisch variabler Lebenswelten und zeige mögliche Wege, Korruption als historisch kontingentes „Wahrnehmungs- und Zuschreibungsphänomen“ dennoch systematisch zu analysieren. Schließlich stelle ich Methodik und erste empirische Befunde meiner Arbeit zur Begriffs- und Ideengeschichte frühneuzeitlicher Korruption im englischen Kontext vor (III). Zum einen präsentiere ich dazu die Resultate einer lexikalisch-semanticen Wortfeldanalyse, die ich auf Grundlage englischer Wörterbücher und Bibelübersetzungen des 16. bis 18. Jahrhunderts durchgeführt habe. Denn Wandel und Kontinuität des korruptionsbezogenen Vokabulars gewähren zentrale Einblicke in die Entwicklung frühneuzeitlicher Normen und Perzeption im Hinblick auf Praktiken der Venalität, devianten Einflussnahme und Verflechtung. Zum anderen erweitere ich die Analyse um ideengeschichtliche Perspektiven und parallelisiere semantische und herrschaftstheoretische Befunde. Anhand exemplarischer Werke der englischen Staatstheorie (u.a. More, Hobbes und Hume) beschreibe ich zu diesem Zweck neben missbilligenden insbesondere auch affirmativ-funktionalistische oder kaschierende Konzeptionen von „Korruption“, um repräsentative Ausschnitte sowie Entwicklungstendenzen der vielschichtigen frühneuzeitlichen Korruptionsvorstellungen zu rekonstruieren.

Charlotte Backerra (Mainz)

Beziehungen zwischen Großbritannien und Österreich im frühen 18. Jahrhundert. Der Zweite Wiener Vertrag von 1731

Nach dem Scheitern des britisch-französischen Bündnisses 1730 und der Annäherung zwischen den bourbonischen Mächten im selben Zeitraum schlossen die Regierungen in Wien und London am 16. März 1731 den Zweiten Wiener Vertrag ab.

Die offensichtlichste Folge dieses Vertrages war neben dem Bündniswechsel die Garantie Georgs II. als britischem König für die Pragmatische Sanktion. Im Gegenzug wurde die Auflösung der Ostende-Kompanie, die als Konkurrentin der britischen East India Company galt, von Karl VI. bestätigt. Er stimmte außerdem einer spanischen Besetzung der oberitalienischen Reichslehen zu. Deutlich negativen Reaktionen auf den Vertrag in Paris und Madrid ließen in der „Panik von 1731“ zeitweilig den Ausbruch eines Krieges befürchten. Langfristig bestätigte der Vertrag die „Große Allianz“ des Spanischen Erbfolgekrieges als Muster der Normalität im Staatensystem des frühen 18. Jahrhunderts bis hin zum Österreichischen Erbfolgekrieg.

Am Beispiel des Zweiten Wiener Vertrags wird deutlich, wie wichtig die britisch-österreichischen Beziehungen für das europäische System des 18. Jahrhunderts waren. Die Querverbindung über den Kontinent zwischen London und Wien wurde bisher nur selten zum Gegenstand der Forschung gemacht, und wenn, dann meist nur als Studium der diplomatischen Beziehungen. Dieses Dissertationsprojekt hat also die Untersuchung des Zweiten Wiener Vertrags mit seinen Voraussetzungen und Folgen zum Ziel. Durch die Analyse der britisch-österreichischen Beziehungen wird damit auch eine Forschungslücke geschlossen.

Methodisch geschieht dies durch eine Mikrostudie des Zweiten Wiener Vertrags. Neben der Analyse der Entscheidungsprozesse, die zum Vertragsabschluss führten, soll eine Netzwerkanalyse die Hintergründe der verantwortlichen Diplomaten und Staatsminister deutlich machen. Notwendig erscheint außerdem, die Rolle zu untersuchen, die die gegenseitige Wahrnehmung Großbritanniens und Österreichs in der Öffentlichkeit und an den Höfen in diesem Zusammenhang spielte. Die Ergebnisse der Studie werden dann in den makrohistorischen Kontext der europäischen Beziehungen der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts eingebettet.

Evelyn Gottschlich

"The most authentick writers" – Struktur und Entwicklung der englischen Reisesammlungen des 18. Jahrhunderts

"A complete collection of voyages and travels" beanspruchte John Harris 1705 herausgegeben zu haben. Mitte des 18. Jahrhunderts war sein Werk schon von 400 auf mehr als 600 Beiträge "of the most authentick writers" angewachsen. Zusätzlich veröffentlichte John Green 1745-47 die so genannte Astley Collection "A new general collection of voyages and travels". Diese und andere frühneuzeitliche Reisesammlungen haben wesentlich dazu beigetragen, bestimmte Inhalte über einzelne Länder und Regionen zu verbreiten, zu popularisieren und gewissermaßen "festzuschreiben".

Im Rahmen meines Dissertationsprojektes untersuche ich die Darstellung und Verbreitung des europäischen Tibetwissens im 17. und 18. Jahrhundert. Die Reisesammlungen sind eine meiner Quellengattungen. Sie kompilieren die bekanntesten Reiseberichte ihrer Zeit unter geographischen Kategorien und versammeln so die vorhandenen Informationen zu einem Land oder einer Region aus den verschiedenen Medien (Berichte von Missionaren, Händlern, Gesandtschaften, aus älteren Kompilationen und Lexika sowie Kartenwerken). Dabei ziehen sie nicht nur Quellen der vergangenen Jahrhunderte bis zu den aktuellen heran, sondern versuchen ab dem 17. Jahrhundert zunehmend auch die Publikationen anderer europäischer Länder zu erfassen. Damit bilden die Reisesammlungen auch die wechselseitige Rezeption des europäischen Reiseliteraturmarktes ab.

In meinem Vortrag möchte ich einen Teil meines Projektes herausgreifen und die englischen Reisesammlungen des 18. Jahrhunderts vorstellen. Vor allem zwei große genuin britische Werke sind von Interesse und wurden als Gesamtwerk in der deutschen Forschung bisher kaum betrachtet. Nach der Erstausgabe 1705 erschien die "Navigantium atque itinerantium bibliotheca" von John Harris überarbeitet in zwei weiteren Auflagen 1744-1748 und 1764. Die parallele Herausgabe mit der Astley Collection in der 1740er Jahren lädt dazu ein, die beiden Ausgaben und ihre Vorgehensweise zu vergleichen und dabei zu hinterfragen, welche äußeren Anlässe diese Konkurrenz veranlasst haben könnten. Als Beispiel und Leitfaden für die Analyse betrachte ich die Berichte zu Tibet und ziehe vergleichend jene zu China, der Tartarey und Indien heran. Auf diese Weise möchte ich vom Einzelfall auf die allgemeine Vorgehensweise rück schließen und einen lebendigen Eindruck von den Reisesammlungen vermitteln.

Heiko Geisenhof (Mainz)

„Rich men's sport“? – Finanzierungsstrategien von Abgeordneten in Großbritannien und dem Deutschen Kaiserreich während des späten 19. Jahrhunderts

Ziel meines Promotionsprojekts ist die vergleichende Untersuchung und Aufarbeitung der Finanzierungsstrategien britischer wie deutscher Abgeordneter zwischen 1885 und 1911 bzw. 1871 und 1906. Dabei geht es nicht nur darum, vor dem Hintergrund der herrschenden Diätenlosigkeit (bis 1911 bzw. 1906) das „Wie“ der Finanzierung des einzelnen Parlamentariers zu beschreiben, sondern die Strukturen der Finanzierung sowie die auf diesen Strukturen basierenden Abhängigkeiten mit den daraus resultierenden Effekten für das (Selbst-)Bild der Abgeordneten erkennbar zu machen.

Als Ausgangspunkt meiner Untersuchung dient dabei die Feststellung, dass der „Honoratior“, der begüterte Abgeordnete als repräsentativ für die Mitglieder des Reichstags und besonders für die „Members of the House of Commons“ gilt. Treffend beschreibt Bruce Coleman dies mit Blick auf die britischen Tories: *„Parliamentary politics were rich men's sport.“*¹ Dennoch war die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts geprägt durch den Aufstieg von per se weniger wohlhabenden, nach der Definition Max Webers von der (und nicht mehr nur für die) Politik lebenden „Berufspolitikern“.

Beide, die mittellosen wie die wohlhabenden, zeichnen sich durch jeweils eigene Finanzierungsstrategien aus, welche die erfolgreiche Wahrnehmung ihres Mandats ermöglichen. Die Erschließung dieser Strategien erfolgt in einem ersten Schritt durch Selbstzeugnisse, Nachlässe, Parlamentaria, Partei- und Justizakten, sowie sonstige staatliche oder private Quellen (etwa aus Vereinen und Verbänden) für bis zu jeweils fünfzig Abgeordnete. In einem zweiten Schritt wird dieses breite Spektrum aller nachweisbaren Finanzierungsstrategien nach der „Nähe“ des einzelnen zu seinen Einnahmequellen geordnet. Hiernach erfolgt mit der Betrachtung der Geldgeber und ihrer Motive ein Wechsel der Perspektive, durch den auch die Frage nach strukturellen Abhängigkeiten in den Vordergrund rückt. Schließlich werden die einzelnen britischen wie deutschen Finanzierungsstrategien und -wege nicht nur auf ihre (unterschiedlichen) Auswirkungen hin bewertet, sondern auch die verschiedenen Abgeordneten(selbst)bilder durch den Vergleich beider politischer Systeme erarbeitet.

Grundlegende These ist, dass die bisher in ihrer sozialen wie ökonomischen Bedingtheit kaum untersuchten Abgeordneten in ihrer großen Mehrheit nicht nur auf Besitz gründende Finanzierungsstrategien befolgten, sondern vielmehr nur auf Grund verschiedenster Abhängigkeiten ihr Mandat erhalten konnten.

Simon Meisch (Tübingen)

Kontinuität und Diskontinuität in den politischen Institutionen zwischen Schottland und dem UK

Im Mai dieses Jahres feierte Devolution in Schottland ihren zehnten Geburtstag. 1999 hatte sich das neu geschaffene schottische Parlament konstituiert, das nicht nur für fast die gesamte schottische Innenpolitik zuständig sein, sondern auch über primäre und sekundäre Gesetzgebungsbefugnisse verfügen würde. Damit hatte nicht mehr ein britisches Kabinettsmitglied die politische Verantwortung für Schottland, sondern ein Parlament, das direkt von der schottischen Wählerschaft legitimiert worden war. Diese legislative Devolution beendete die inkorporierende Union zwischen Schottland und dem UK, die 1707 mit dem Unionsvertrag geschaffen wurde, und ist damit ohne Zweifel ein Meilenstein in den anglo-schottischen Beziehungen. Nachdem die Labour Party 1997 die Wahlen zum Unterhaus gewonnen hatte, leitete sie als erstes großes Reformprojekt die Devolution-Gesetzgebungen ein, mit der die unterschiedlichen politischen Unionen zwischen dem Vereinigten Königreich und den einzelnen britischen Nationen auf eine neue institutionelle Grundlage gestellt wurden. Vernon Bogdanor, einer der führenden britischen Verfassungstheoretiker, sieht darin „the most radical constitutional change this country has seen since the Great Reform Act of 1832“. Diese Jahre wurden als eine Zeit beispiellosen Wandels verstanden, galt das Vereinigte Königreich doch lange Zeit als „Musterbeispiel für ein Land mit einer von Kontinuität geprägten Verfassungsentwicklung“

Gerade vor dem Hintergrund dieses Verfassungsdenkens, das die Kontinuität der politischen Institutionen des UK im Allgemeinen als auch derjenigen Institutionen des Gesamtstaats zu seinen Teilnationen wie Schottland im Besonderen betonte, erscheinen die Devolution-Reformen besonders tiefgreifend. Im Rahmen dieses Beitrags soll die Bedeutung der Reformen gar nicht angezweifelt werden. Jedoch darf die Annahme langer Kontinuitätslinien nicht den Blick dafür verstellen, dass sich die politischen Institutionen zwischen Schottland und dem Vereinigten Königreich unter einer vermeintlich stabilen Oberfläche immer wieder veränderten. Zugleich kann auch gefragt werden, ob die Hervorhebung des Neuen und des Wandels im Zuge der Devolution-Gesetzgebung verdeckt, dass sich viele institutionelle Merkmale auch reproduzierten. Dies macht Devolution in Schottland zu einem interessanten Studienobjekt für die Frage nach institutioneller Kontinuität und Diskontinuität. Der Beitrag fragt sich zum einen, wie bisher Wandel und Bestand in den politischen Institutionen zwischen Schottland und dem UK erklärt wurden, und stellt selbst ein historisch-institutionalistisches Erklärungsmodell vor.

Julia Feurich (Berlin)

Chor als Spiegel der Gesellschaft? Vergleichende Studien zur Neuformierung des Chorwesens in der DDR und Großbritannien (1945 – 1975)

Chöre als alltags- sowie volkskulturelles Phänomen sind in sämtlichen Staaten und Nationen fest verankert und stellen als eine Form breiten bürgerlichen Engagements und der daraus resultierenden Verschränkung individueller und kollektiver Handlungsebenen eine Schlüsselinstitution zum Verständnis moderner Gesellschaften dar, da sich im Chorgesang eine Gemeinschaft konstituiert, die nicht nur künstlerischen, sondern auch sozialen Regeln folgt. Neben musikalischen Parametern identifizieren sich Gesangsvereine nicht minder über ihre Funktion, Institution bzw. ihre politische oder religiöse Gesinnung. Ein Chor ist damit Sängerschar und zugleich vielstimmiges Abbild (s)einer Nation und hier wiederum bestimmter sozialer Milieus, vielleicht sogar „Stimme“ eines Volkes, und spiegelt in seiner Zusammensetzung, seinem künstlerischen Wirken und seinen Zielen stets auch historische und soziale Strömungen der jeweiligen Zeit wider.

Ziel meines zur Diskussion gestellten Dissertationsprojektes ist es aufgrund dessen, das Chorwesen als transnational und international vergleichbares Phänomen des gesellschaftlichen „Wiederaufbaus“ nach dem 2. Weltkrieg in der DDR und in Großbritannien zu untersuchen und anhand dieser Institutionen wichtige Erklärungen über die Re- bzw. Neukonstituierung europäischer Nachkriegsgesellschaften zu liefern. Gerade weil sich beide Staaten hinsichtlich ihrer kontrastreichen historisch-politischen Hintergründe voneinander unterscheiden, scheinen die Chorlandschaften in der öffentlichen Wahrnehmung von ebenso starken Gegensätzen (Sozialistische Sängerbewegung der DDR und eine daraus resultierende politisch-gesellschaftliche Bedeutung vs. unpolitische und eine ausschließlich ästhetischen Richtlinien verpflichtete Freizeitgestaltung in Großbritannien) geprägt zu sein. Anhand der vergleichenden Analyse gemischtstimmiger Chöre der Hauptstädte Berlin (Ost) bzw. London, die in Beziehung zu den Partnerstädten Dresden und Coventry gesetzt werden, soll für den Zeitraum 1945 bis 1975 erörtert werden, welchen Einfluss die Nachkriegspolitik der beiden Staaten und der damit verbundene gesellschaftliche Wiederaufbau tatsächlich auf die Neuformierung des Chorwesens nahmen und welche gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Rolle(n) diese Institutionen und deren Akteure innerhalb dieser Gesellschaften innehatten bzw. wie sie diese mitgestalteten und sich mit dieser identifizierten. Spiegeln die Chöre tatsächlich die spezifischen gesellschaftlichen Entwicklungen ihres jeweiligen Staates wider oder lassen sich vielmehr Gemeinsamkeiten und ein kultureller Transfer im Chorwesen auffinden, denn der interkulturelle Dialog hat im Bereich der Musik seit jeher einen Heimplatz? Der Vortrag stellt das Projekt vor und präsentiert erste Ergebnisse dieser Studie.

Anna G. Piotrowska, Ph.D.

Musical culture input into the understating of the notion “Englishness” at the beginning of the 20th century

Although successful in many walks of life, the United Kingdom could never boast any famous musicians and consequently could never compete with continental achievements. Yet, closer examination of the tentative years of so called fin de siècle and later ones reveals similar to continental tendencies of exploiting music as a means of strengthening the spirit of nationalism. In my presentation I would like to concentrate on the phase between last decade of the 19th century and the year 1918 in reference to the issue of the re – construction of national identity among composers and the role they played in that process. The interplay between the local, the regional and the national led at the beginning of the 20th century in Great Britain to the new understanding of the concept of ‘nationalism’ in music. On one hand it resembled the ‘back to folk movement’ (collecting songs and dances, establishing folk groups), but on the other hand was marked by tragic events. Consequently, of special interest to me are the similarities and differences between public attitude towards the Second Boer War and the World War I that consequently entailed specific outcry among intellectualists, including composers. The vehement opposition to the Second Boer War supported by politicians and artists influenced the generation of young composers who – at the outbreak of WWI – decided to join the army. The manifestation of their attitudes – as clearly observed in songs they composed at that time – reveal the new understanding of “Englishness”. I would like to present in more details the situation on the example of biographies of two soldiers – composers, namely Ivor Gurney (1890-1937) and George Butterworth (1885 – 1916) – the Lieutenant of Durham Light Infantry who died during the Battle of the Somme.

In order to counter-balance the war dominated (thus male dominated) perspective of the early 20th century history I would like to consider the suffragettes movement and its impact on the musical life then. I will claim that the new debate on masculinity and femininity had its impact on the re-establishing of the role of composers in Great Britain. In 1918 not only WWI finished but also – symbolically – women won their election rights in Great Britain. How the British suffragettes movement influenced women musicians I intend to examine through the prism of another British composer, and a leading suffragette activist at the same time, Dame Ethel Smythe (1858-1944). Her involvement in the Women’s Social Political Union not only helped to establish the recognition of women in the society but – perhaps foremostly – paved the way for new generations of women composers in Britain. Similar events took place for example in France where, despite anti – feministic tendencies at the Paris Conservatoire, Lili Boulanger was – as a first woman in the history – awarded a distinguished prize Prix de Rome for the best composer in the year 1911.

Not only do British war experience (WWI) and the suffragettes movement connect the British history with European one – in reference to music it took place on two planes: personal (e.g. both Gurney and Butterworth fought in France) and interpersonal: e.g. recognizing in the public sphere the achievements of women composers.

Elena Buck (Leipzig)

„Britishness“ as a hegemonic project of belonging?

I would like to present my ongoing PhD research, comparing contemporary politics of belonging in Germany and the UK. „Politics of Belonging“ (Yuval-Davis) refers to struggles around the construction, maintenance and meaning of boundaries. As spatial boundaries between insiders and outsiders weaken, many states are witnessing debates on national identity, patriotism and shared values.

Though Germany and the United Kingdom have very different political traditions, current debates and policies concerning the boundaries of the national (or state) community share surprising similarities. Attempts to define the content and boundaries of “Britishness” and “Germanness” for example through citizenship tests, debates about multi-culturalism and shared values, and campaigns for national celebration show both states in search of a new basis for civic loyalty.

The debate on „Britishness“ has been reinvigorated with a new focus on „community cohesion“ following the 2001 disturbances in Bradford, Oldham and Burnley, and more so after the 7/7 London bombings. As a political project, the reinvigoration of „Britishness“ has become strongly associated with Gordon Brown. However, it infuses political debate in the UK in a variety of areas and across political divides. „Britishness“ promises better community cohesion, it promises to combat violent extremism and xenophobia, reduce racial tension, keep the United Kingdom united, renew a sense of active citizenship, and prepare the UK for the „challenges of globalization“. The proposed presentation asks whether New Labour’s „Britishness“ project can be framed as a hegemonic project (following Laclau and Mouffe), based on discourse analysis of materials such as citizenship tests, policy papers and political speeches.

Alternatively, I would be happy to talk about my comparative approach to „Britishness“ and „Germanness“. While there is no single signifier such as „Britishness“ in the German debate, debates on „Leitkultur“ and a renewal of patriotism, as well as policies such as the introduced citizenship tests, address similar issues with comparable effects.